



**Presseerklärung der Deutschen Friedensgesellschaft –  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen  
- Gruppe Darmstadt -**

**Die aktuelle Diskussion zu den Entwicklungen in Nordafrika zeigt  
erneut wie berechtigt die Forderung ist:  
Hört auf mit dem Export von Mord-Waffen und nehmt den Schutz der  
Menschenrechte endlich ernst – nicht nur in Sonntagsreden!**

Angesichts der Entwicklungen in Nordafrika fordert die DFG-VK Darmstadt, den Export von Waffen und anderen Rüstungsgütern zu verbieten. Als Friedensorganisation lehnt die DFG-VK nicht nur den Export von Kriegswaffen, sondern bereits die Herstellung solcher Waffen ab. Hergestellte Waffen wollen auch verkauft werden und verkaufte Waffen werden auch eingesetzt.

Die gegenwärtige öffentliche Diskussion zeigt so deutlich wie selten die Bigotterie der Haltung der deutschen Bundesregierung in der Frage der Waffenexporte. Solange undemokratische Regime, die Menschenrechte missachten nur „stabil“ sind und Geschäfte mit ihnen Gewinn versprechen, wird mit ihnen munter Handel getrieben und die Diktatoren dieser Länder hofiert und von Vertretern Deutschlands ( und anderer demokratischer Staaten) aufs herzlichste empfangen. Vor kurzem noch „freute sich Merkel außerordentlich“ über Mubaraks Besuch in Berlin.



Foto: dpa - Angela Merkel empfängt den ägyptischen Staatspräsidenten Husni Mubarak im Bundeskanzleramt.

Nachdem in Ägypten und anderen Ländern Nordafrikas (hoffentlich) gesellschaftliche Prozesse zu menschenwürdigen Situationen führen, werden die Diktatoren, mit denen über Jahrzehnte gute Geschäfte und Vereinbarungen, z. B. zur Abwehr von Armutsflichtlingen, getroffen wurden, zum Rücktritt aufgefordert. Es drängt sich leider der Eindruck auf, dass dabei weniger die Freude über positive gesellschaftliche Veränderungen dahinter steht, sondern mehr das Bemühen, schnell mit den neuen Machthabern zu kontaktieren, damit die Geschäfte keinen Schaden nehmen. Offiziell heißt dies „Unterstützung beim Aufbau des Landes“ zu leisten.

Wir erinnern: Deutschland ist der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt. Übertroffen werden wir nur von Russland und den USA. Im Jahr 2009 exportierten deutsche Rüstungsfirmit mit Zustimmung der Bundesregierung Waren für rund 7 Milliarden Euro. „Echte Kriegswaffen“ haben daran einen Anteil von 1,3 Milliarden Euro.

Und wie sieht es in der Entwicklungspolitik aus?

Die Tagesschau meldete am 14.04.2010: Auch im Vergleich mit anderen großen Industrienationen fällt Deutschland zurück. Insgesamt gab der Staat im vergangenen Jahr rund 8,83 Milliarden Euro für Entwicklungshilfe aus. Das ist ein Rückgang um zwölf Prozent. Damit liegt die Bundesrepublik hinter den USA und Frankreich nur noch auf Platz drei, dicht gefolgt von Großbritannien. Bislang war Deutschland weltweit die Nummer zwei.

Und die eklatanten Menschenrechtsverletzungen sind der Bundesregierung auch seit vielen Jahren bekannt – ein Blick in die Reporte von Amnesty International hätte genügt – aber da sind halt die wirtschaftlichen Interessen, hinter denen eine konsequente Menschenrechtspolitik zurückzutreten hat.

**Unser Appell: Hört auf mit dem Export von Mord-Waffen und nehmt den Schutz der Menschenrechte endlich ernst – nicht nur in Sonntagsreden!**

**Darmstadt 2. März 2011**

Für Rückfragen:

Peter Friedl, 06151-961101 oder 0171-7216641

[www.dfg-vk-darmstadt.de](http://www.dfg-vk-darmstadt.de)